

Kroatien im Herbst 2010 – Rückblenden, Zustände und Ausblicke

Der Rücktritt des kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader Anfang Juli 2009, dessen Hintergründe bis heute im Dunkeln liegen, hat in den politischen Strukturen Kroatiens tiefe Spuren hinterlassen. Die Spätfolgen und Kollateralschäden dieses Rücktritts lasten wie ein Alptraum auf der amtierenden Regierung. Dies und die fatalen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich in einem schmerzhaften Rückgang der Wirtschaftsleistung und einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit niederschlugen, bestimmen zurzeit die innenpolitische Diskussion in diesem Land. Angesichts der im Herbst kommenden Jahres – spätestens aber Anfang 2012 - anstehenden Wahlen zum Sabor, dem kroatischen Parlament, befindet sich die Regierung und die sie tragenden Parteien in einem Stimmungstief, so dass zur Zeit eine Neuauflage der jetzigen Koalition unwahrscheinlich ist. Jedenfalls überlagern die andauernden Negativschlagzeilen aus Politik und Wirtschaft die Erfolge bei den EU-Beitrittsverhandlungen und in der Korruptionsbekämpfung. Im jüngsten Fortschrittsbericht bescheinigt die EU den Kroaten große Erfolge, die den Abschluss der Gespräche Mitte bis Ende des kommenden Jahres realistisch erscheinen lassen.

Bis zum heutigen Tag hält der Expremier die Kroaten in Atem. Seine abrupten Versuche, vom Rücktritt wieder zurückzutreten und ein politisches Comeback zu versuchen, lässt die kroatische Politszene, vor allem seine frühere Partei, die HDZ, nicht zur Ruhe kommen. Bereits kurz

nach seinem Rücktritt hatte Sanader versucht, seine Nachfolgerin über treue Wegbegleiter zu „steuern“. Dabei verfolgte er von Anfang an das Ziel, diese darauf zu verpflichten, den bereits im Sommer 2009 auftauchenden Gerüchten und Vermutungen über Korruptionsfälle und dunkle Geschäfte, die in seine Regierungszeit fielen, entgegenzutreten und entsprechende Untersuchungen zu unterstützen. Diesem Ansinnen stellte sich die Nachfolgerin im Amt des Premiers und HDZ-Vorsitzende Jadranka Kosor nicht nur nicht entgegen, sondern stellte die Korruptionsbekämpfung mit „Null-Toleranz“ auf den ersten Platz der politischen Agenda. Den daraufhin entbrennenden internen Machtkampf konnte sie Anfang Januar 2010 zunächst für sich entscheiden. Es gelang ihr, ihren Amtsvorgänger aus der Partei ausschließen zu lassen, nachdem dieser versucht hatte, putschartig wieder in die Politik zurückzukehren.

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2009 standen u. a. zwei ehemalige Minister im Fadenkreuz. Der eine musste sich u. a. wegen undurchsichtiger Finanzgeschäfte als Vorstandsmitglied und späteres Aufsichtsratsmitglied des kroatischen Nahrungsmittelherstellers „Podravka“ verantworten. Dem ehemaligen Verteidigungsminister und jetzigen Sabor-Abgeordnete Berislav Rončević, wurden persönliche Bereicherung bzw. „unsaubere“ Vergabeverfahren im Zusammenhang mit der Beschaffung von Militär-LKW vorgeworfen.

KROATIEN

REINHARD WESSEL

15.11.2010**www.kas.hr****www.kas.de**

Diese beiden Fälle sind jedoch beim weitem nicht so spektakulär wie die Vorwürfe, die inzwischen gegen den ehemaligen Regierungschef Dr. Ivo Sanader selbst erhoben werden. Am Anfang stand der drohende Bankrott der Bank „Hypo Alpe Adria“. Nach deren „Rettung“ durch den österreichischen Staat stand deren zweifelhaftes Geschäftsgebaren in Ost- und Südosteuropa im Mittelpunkt nicht nur der Presse, sondern auch von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen in Bayern und Kärnten. Obwohl bis auf den heutigen Tag konkrete Hinweise oder gar Beweise fehlen, haftet Sanader der Ruf an, an den z. T. dubiosen Geschäftspraktiken der HAAB direkt oder indirekt beteiligt gewesen zu sein bzw. durch „Vermittlung“ davon profitiert zu haben.

Sehr viel konkretere Hinweise auf – zumindest politisches – Fehlverhalten gibt es allerdings im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der größten kroatischen Mineralölfirma INA. Unter der Verantwortung des gerade ins Amt gewählten Premierministers Sanader verkaufte die Regierung 2003 knapp die Hälfte der Aktien an die ungarische MOL. Merkwürdigerweise regelte der Kaufvertrag aber, dass diese trotz fehlender (Aktien-)Mehrheit die Kontrollmehrheit besitzen sollte. Bis jetzt ist nicht klar, ob und aufgrund welcher Gegenleistungen dieses „Zugeständnis“ zustande kam.

Am brisantesten ist allerdings ein dritter Vorgang. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Sanader in seiner Zeit als Regierungs- und Parteichef in illegale Parteifinanzierung verstrickt war. Danach „sorgte“ er dafür, dass die bis dahin relativ kleine und unbekannte PR-Agentur „FIMI“ Aufträge aus staatlichen und staatsnahen Einrichtungen erhielt, denen zwar reale Zahlungen, aber keine oder kaum nennenswerten Gegenleistungen gegenüberstanden. Das Geld soll dann beim damaligen Chef der kroatischen Zollverwaltung Mladen Barišić, der in Personalunion Schatzmeister der größten Regierungspartei, der HDZ, war, gelandet

sein. Aber nicht nur die HDZ soll von diesen Zahlungen „profitiert“ haben, sondern Sanader auch ganz persönlich. Dazu steht die Aussage des ehemaligen Schatzmeisters im Raum, er habe Sanader persönlich umgerechnet ca. vier Millionen Euro in dessen Privatwohnung „überreicht“, nachdem er vorher eine – wie er behauptet – „etwas kleinere“ Summe für sich selbst abgezweigt hatte. Diese und andere delikate Einzelheiten entstammen tatsächlich oder vermeintlich den Vernehmungsprotokollen der USKOK, der staatsanwaltlichen Sonderbehörde zur Korruptionsbekämpfung und sind daher mit entsprechender Vorsicht zu genießen. Gesichert ist hingegen, dass der bei der Amtsübergabe vom alten zum neuen HDZ-Schatzmeister Mitte 2009 umgerechnet 700.000 Euro Bargeld unbekannter Herkunft den Besitzer wechselten. Dieses Geld leitete der damals neue Generalsekretär an den Generalstaatsanwalt weiter, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig verwunderlich, dass in den Medien offen darüber spekuliert wird, ob und wann Sanader Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens wird – nach Aufhebung seiner Immunität, natürlich. Die Frage ist natürlich, ob die Vorwürfe gegen Sanader auf juristisch „verwertbare“ Tatbestände verdichtet werden können. Das dürfte sich schwieriger gestalten, als manche sich das vorstellen. Denn viele der Vorwürfe bewegen sich in einer juristischen Grauzone. Dies spielt aber weder in der veröffentlichten Meinung noch in der Öffentlichkeit selbst keine Rolle. Für beide ist Sanader als Politiker und Mensch alschuldig verurteilt.

Damit ist das Kapitel Sanader aber keineswegs abgeschlossen. Mitte Oktober 2010 verkündete der Ex-Premier, sein Abgeordnetenmandat wieder aufleben lassen zu wollen. Weniger diese Absicht, als vielmehr die drohende Gefahr, mit alten Gefolgsleuten aus der HDZ eine neue, eigene Fraktion aufzubauen, birgt ein großes politisches Drohpotenzial in sich. Wenn etwa ein halbes Dutzend Ab-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

REINHARD WESSEL

15.11.2010

www.kas.hr

www.kas.de

geordnete die Seiten wechseln, hat die aktuelle Regierung keine Mehrheit mehr, nachdem die HSLS, die kroatischen (rechts-) Liberalen bereits im Frühjahr die Regierung verlassen hatten. Gerade ist auch noch Bianca Matković als Staatssekretärin im Streit mit der Premierministerin zurückgetreten und hat sogleich Antrag auf Wiederaufnahme ihres Abgeordnetenmandats gestellt. Ob sie die Regierung stützen wird, ist unklar aber unwahrscheinlich.

Jedenfalls könnte es relativ leicht zu Neuwahlen kommen. Dazu gibt es drei Möglichkeiten: Über einen entsprechenden Mehrheitsbeschluss des Parlaments, über die Weigerung der Sabor-Abgeordneten dem kommenden Haushalt die Zustimmung zu geben oder über ein „erfolgreiches“ Misstrauensvotum. Letzteres ist allerdings erst wieder Ende April zulässig, nachdem ein erster Anlauf der Opposition Ende Oktober 2010 gescheitert ist.

Ob es dazu angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage und der Endphase der EU-Verhandlungen kommen wird, ist kaum vorhersagbar. Trotzdem rechnen nur wenige Beobachter mit einem vorzeitigen Ende der Kosor-Regierung. Die in den Umfragen deutlich führenden Sozialdemokraten wären auf Koalitionspartner angewiesen, die in den Umfragen derzeit sehr schwach sind. Alle anderen Parteien haben noch weniger Interesse an vorzeitigen Wahlen – namentlich die mit Regierungsverantwortung -, da sie mit schmerzhaften Verlusten rechnen müssten. Daher wollen fast alle Neuwahlen soweit als möglich hinausschieben, in der Hoffnung, dass eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage die Wähler gnädiger stimmt. Ob diese Rechnung aufgeht, ist ebenfalls schwer vorhersagbar. Zwar scheint die kroatische Wirtschaft die Abschwungphase hinter sich gebracht zu haben. Aber wann es wieder aufwärts geht, ist derzeit kaum abzusehen.